

Kathrin Vogler

- (A) Ich möchte Sie bitten, mir folgende Fragen zu beantworten: Kennen Sie diese Publikation aus Ihrem Hause? Haben Sie sie gelesen? Wie stehen Sie zu dieser Art von Zivildienststellen?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Dr. Kristina Schröder, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Frau Kollegin, so ganz aufmerksam haben Sie die Publikation aus meinem Hause leider nicht gelesen, sonst hätten Sie den Artikel anders zusammengefasst. Aber es ändert nichts an der Tatsache, dass bei jedem einzelnen Zivildienstplatz die Arbeitsmarktneutralität strikt überprüft wird.

(Caren Marks [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wenn die Arbeitsmarktneutralität verletzt wird, dann bekommt der Zivildienstträger seine Zulassung aberkannt. Dieses Regime ist das strengste bei allen Engagementformen, die wir in Deutschland haben.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Tolle Antwort!)

Sachlich unbegründet ist auch der dritte Mythos, der immer wieder bemüht wird, dass man die Zivis sozusagen aus dem „**Joch des Zivildienstes**“ befreien müsste.

(Caren Marks [SPD]: An der Stelle waren wir schon!)

- (B) Wer da den Befreier gibt, den frage ich, ob er überhaupt schon einmal mit Zivildienstleistenden gesprochen hat. Wenn Sie mit Zivildienstleistenden am Ende ihres Dienstes sprechen, dann wissen Sie, dass sie alle betonen, dass der verpflichtende Charakter des Zivildienstes eher eine untergeordnete Rolle spielt. Für sie steht vielmehr die Prägung der eigenen Persönlichkeit durch den Zivildienst im Zentrum.

Wichtig ist, dass jedem Zivildienstleistenden eine Vielzahl unterschiedlicher **Angebote** offen steht. Rund 98 Prozent aller Zivildienstpflichtigen suchen sich selbst ihre Dienststelle und vereinbaren die Einzelheiten des Dienstes direkt mit der Einrichtung. Das ist eine Selbststeuerung, die hervorragend funktioniert. Das sorgt für eine hohe Motivation der jungen Männer. Das sorgt auch für einen Wettbewerb der Dienststellen um die jungen Männer. Das führt dazu, dass fast alle Zivis am Ende ihres Dienstes ein ausgesprochen positives Fazit ziehen.

(Sönke Rix [SPD]: Aber damit kann man den Zivildienst doch nicht begründen!)

Deshalb sind auch die Unkenrufe zum freiwilligen zusätzlichen Dienst fehl am Platz. Solange es einen Wettbewerb der Einrichtungen um die jungen Männer gibt, so lange müssen wir uns keine Sorgen machen, dass an irgendeiner Stelle Zivis in größerer Zahl unbemerkt unter Druck gesetzt werden.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, gibt es viele Personen des öffentlichen Lebens, die in jungen Jahren

Zivildienst geleistet haben. Wissen Sie zum Beispiel, was an **Jogi Löws Auswahl** wirklich bemerkenswert ist? (C)

(Zuruf von der SPD: Ach Gott!)

Das ist nicht der hohe Anteil ganz junger Spieler im Kader, sondern der hohe Anteil ehemaliger Zivis im Kader. Leider ist kein aktiver Zivi dabei. Ich hatte mich schon darauf gefreut, in Zukunft einem Zivi gratulieren zu dürfen, so wie das der Kollege zu Guttenberg bei den Biathleten der Sportkompanien der Bundeswehr macht. Aber der Zivildienst ist auch ohne Medaillengewinner eine großartige Institution in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind Zivis die besseren Fußballspieler? – Zuruf von der LINKEN: Hurra!)

Man kann zur Wehrpflicht stehen, wie man will. Aber zwei Dinge müssen klar sein: Der Zivildienst kann und darf die Wehrpflicht nicht begründen. Aber umgekehrt darf derjenige, der sich über die Wehrpflicht ärgert, nicht auf den Zivildienst einprügeln.

(Iris Gleicke [SPD]: Jetzt haben Sie vier Minuten überzogen, aber das hat nicht zur Qualität beigetragen!)

Im Interesse der jungen Männer, die so viel für unsere Gesellschaft leisten und die auch künftig etwas von ihrem Zivildienst haben sollen, will ich die hohe Qualität des Zivildienstes erhalten und den Zivis auch in Zukunft gute und interessante Angebote machen. Ich bitte Sie, unabhängig von Ihrer Haltung zur Wehrpflicht, mich dabei zu unterstützen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Rainer Arnold [SPD]: Wer hat diese Rede aufgeschrieben? – Iris Gleicke [SPD]: Zivildienst ist ein Ersatzdienst für einen Pflichtdienst! Es ist absurd, was Sie da gesagt haben!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Hans-Peter Bartels ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, wir könnten es uns leicht machen, da Sie es schon schwer genug haben.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Elke Hoff [FDP]: Uns geht es blendend!)

Aber wir haben natürlich ein eigenes Interesse daran, zu einer guten Lösung zu kommen. Wir erkennen Ihre Zweifel an der vorliegenden Lösung und verfolgen mit Interesse die öffentliche Auseinandersetzung über die Vorschläge aus dem Verteidigungsministerium. Sie haben recht, Frau Ministerin: Das Verteidigungsministe-

Dr. Hans-Peter Bartels

- (A) rium ist bei der Wehrpflicht federführend, der Zivildienst ist davon abgeleitet.

Da wird die **Wehrpflicht** vor der Sparklausur der Bundesregierung einfach so infrage gestellt. Daraufhin muss die Bundeskanzlerin selbst sagen: Eine solche Entscheidung trifft man jetzt nicht hoppla-hopp in drei Tagen. Wenn man darüber reden will, dann muss man sich Zeit nehmen – und gute Argumente bereithalten; aber das hat sie so nicht gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Parteivorsitzende Seehofer muss darauf hinweisen, dass die CSU – das begrüßen wir – eine Partei der Wehrpflicht ist und dass man die Wehrpflicht nicht mal eben so abschafft. Auch der ehemalige Verteidigungsminister Jung hat in diesen Tagen Gelegenheit gefunden, noch einmal darauf hinzuweisen, was für eine gute, bedeutende, traditionsreiche und erfolgreiche Errungenschaft die Wehrpflicht für unsere Armee in der Demokratie ist. Vielen Dank dafür! Dieser Konsens bestand auch damals in der Großen Koalition.

Das, was wir jetzt von dieser Koalition erleben, ist auch nach den Reden der beiden Minister, die wir gerade gehört haben, der Einstieg in den Ausstieg aus der Wehrpflicht. Sie argumentieren schon so, dass Sie in einem halben Jahr oder in neun Monaten daran anschließen könnten und die Idee des Ausstiegs nicht vollständig dementieren müssten. Diese Reden sind schon der **Einstieg zur Abschaffung der Wehrpflicht**. Ich hoffe, den Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen ist klar, wozu sie in der nächsten Woche – das ist ein Verfahren im Schweinsgalopp – die Hand heben wollen: um eine Veränderung vorzunehmen, die nur ein Übergangsstadium sein soll.

(B)

Die Gründe für den Übergang sind in der Hamburger Rede des Verteidigungsministers relativ deutlich geworden. Noch deutlicher als die Rede war die Punktation, also das Thesenpapier, das das Verteidigungsministerium – das war offenbar hochoffiziell – danach verbreitet hat. Da heißt es – ich zitiere das einmal; das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen –:

Der mittelfristig höchste strategische Parameter, quasi als *Conditio sine qua non*,

– wir sprechen Latein! -

unter dem die Zukunft der Bundeswehr gestaltet werden muss, ... ist das globalökonomisch gebotene und im Verfassungsrang verankerte Staatsziel der Haushaltskonsolidierung ...

– Also die Schuldenbremse! Das heißt, entscheidend für die Strategie der Bundeswehr ist die Schuldenbremse. Das ist eine absurde Definition sicherheitspolitischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Warum halten wir an der Wehrpflicht fest; warum glauben wir, dass die Wehrpflicht die bessere Wehrform für unsere Armee ist?

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist neu bei der SPD!)

(C)

– Nein. – Warum verweise ich darauf, dass wir in der Großen Koalition gemeinsam festgestellt haben: „Wir wollen daran festhalten“?

(Elke Hoff [FDP]: Das versteht keiner! Das kann man noch hundertmal erklären, und dann versteht es auch keiner!)

Das haben wir auf unserem Parteitag, der das Wahlprogramm für diese Wahlperiode beschlossen hat, erneut festgestellt. Für die **SPD** gehört das zu den guten Errungenschaften der Bundesrepublik Deutschland, dass sich die Wehrpflicht in der Demokratie bewährt hat, weil sie die intelligentere Armee hervorbringt, weil sie die Armee in der ganzen Gesellschaft verankert und weil es darüber übrigens auch einen Konsens in der Bevölkerung gibt. Die große Mehrheit der Bevölkerung, etwa Zweidrittel, unterstützt die Wehrpflicht. Das ist – zugegeben – allerdings altersabhängig unterschiedlich.

Wer glaubt, dass die Aussetzung oder die Abschaffung der Wehrpflicht zu einer günstigeren **Freiwilligenarmee** führt, der möge sich anschauen, wie das in anderen Ländern, die die Wehrpflicht abgeschafft haben, heute tatsächlich aussieht. Haben sie keine Budgetprobleme? Haben sie die bessere Armee? Bekommen sie das Personal, das sie wirklich brauchen? Sind sie dort in der Gesellschaft breit verankert? Wenn wir nach Spanien oder Großbritannien schauen und hören, was uns die dort Verantwortlichen sagen, dann sehen wir: Es gibt erhebliche Probleme, die wir bisher nicht hatten. Wir wollen aber offenbar experimentieren, also werden wir diese Probleme sehenden Auges in Kauf nehmen.

(D)

Ich sage: Ja, wir brauchen eine **Veränderung** der gegenwärtigen Wehrpflichtpraxis. Wir brauchen dann auch eine rechtliche Veränderung. Wir brauchen aber ganz bestimmt nicht diese Veränderung, die der Einstieg in den Ausstieg sein soll; nicht diese Veränderung, die dazu führt, dass in der Bundeswehr erst einmal die ganze Organisation umgebaut werden muss.

Sie müssen den Ausbildungsbetrieb verändern. Sie brauchen mehr Ausbilder. Das wird dann sicherlich billiger, wenn Sie für einige Monate mehr Ausbildung durchführen müssen. Die Wehrpflichtigen werden weniger einsetzbar sein. Wer für sechs Monate kommt, ist nicht nur etwa zu einem Drittel weniger für die Bundeswehr einsetzbar als derjenige, der neun Monate da ist, sondern er wird ja auch drei Monate ausgebildet. Danach ist er aber nicht mehr sechs Monate, sondern nur noch drei Monate in der Truppe. Das ist also kein Vorteil für die Bundeswehr.

Wir sagen aber: Es braucht eine Veränderung, weil es nicht sein kann – Kollegin Hoff hat darauf auch schon hingewiesen –, dass mit der gegenwärtigen Praxis fast die Hälfte der jungen Männer als untauglich ausgemustert wird. Ich glaube, das entspricht nicht dem Gemüts- und Gesundheitszustand unserer Bevölkerung. Es ist nicht die Hälfte für den Dienst in den Streitkräften untauglich. Das ist eher an den Bedarf der Streitkräfte an-

Dr. Hans-Peter Bartels

- (A) gepasst, der geringer geworden ist. Wir brauchen also Veränderungen.

Zum Zivildienst, Frau Ministerin. – Die ist jetzt gerade nicht mit dabei.

(Caren Marks [SPD]: Doch, wenn sie anwesend ist, ist sie mit dabei!)

– Okay, sie ist anwesend und dabei.

Wir können uns beim **Zivildienst** auch nicht darauf berufen, dass es bei den jungen Leuten populär sei, dass sie etwa forderten, sie wollten nur noch sechs Monate Zivildienst leisten. Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Kreuter, der die Einrichtungen in der Bundesrepublik kennt, hat selbst darauf hingewiesen, dass es die Forderung: „Macht das kürzer!“, gerade nicht gibt. Das ist keine populäre Forderung aus den Reihen derer, die betroffen sind, sondern das ist ein rein koalitionsaktischer Kompromiss.

Daneben steht unser Modell, das wir zur Diskussion anbieten und von dem wir hoffen, dass wir darüber wirklich noch einmal reden können. Herr Minister, finden Sie ein **Format** dafür. Debatten im Parlament kann man jederzeit führen. Im Ausschuss kann man darüber reden. Das ist kein Zugeständnis von Ihnen, sondern so ist die parlamentarische Demokratie konstruiert. Wir können natürlich sagen, was wir meinen. Wenn Sie wirklich wollen, dass es einen Austausch gibt und dass die Diskussion zu einem veränderten Ergebnis führt, müssen Sie ein Format finden, in dem wir uns darüber austauschen können, in dem wir unsere und Ihre Vorschläge nebeneinanderlegen und schauen können, was praktikabel ist.

(B)

In der heutigen Zeit, in der die Bundeswehr tatsächlich weniger junge Leute braucht – nicht mehr einen ganzen Jahrgang von 400 000 jungen Leuten, nicht mehr 250 000 W-15er wie zur Zeit des Kalten Krieges, sondern sehr viel weniger –, haben wir die Möglichkeit, den Ersatzbedarf der Bundeswehr über Freiwilligkeit zu decken, können aber die Grundlage der Wehrpflicht beibehalten. Von den tauglich Gemusterten werden dann diejenigen eingezogen, die sich bereit erklären, freiwillig diesen Dienst zu leisten. So ist es schon bei den Reservisten: Obwohl Reservisten verpflichtet werden können, Reserveübungen zu machen, wird heute keiner mehr gegen seinen Willen verpflichtet; sie kommen freiwillig.

Ähnlich ist es bei den freiwillig länger dienenden Wehrdienstleistenden. Dieses Element der Freiwilligkeit haben wir schon heute bei der Wehrpflicht eingeführt. So wollen wir es auch für die Grundwehrdienstleistenden haben: **freiwilligen Grundwehrdienst**. Das ist rechtlich möglich; das wäre die Lösung des Problems, für das wir – ich glaube, da sind wir einer Meinung – eine Lösung brauchen. Dabei geht es um Wehrgerechtigkeit, aber auch um den Nutzen für die Truppe. Der freiwillige Grundwehrdienst muss für die jungen Männer und für die Bundeswehr von Nutzen sein. Auch den jungen Frauen soll der Grundwehrdienst nicht als Pflicht, sondern als Möglichkeit offenstehen.

Wir bieten Ihnen an, miteinander über dieses Modell zu reden und zu einer vernünftigen gemeinsamen Lösung zu kommen. Es wird immer viel vom Sparen geredet: Sparen Sie sich diesen Gesetzentwurf jetzt! (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Paul Schäfer [Köln] [DIE LINKE])

Hinter dem Titel des Gesetzes, über das wir heute beraten, steht in Klammern „Wehrrechtsänderungsgesetz 2010“. Das weist auf eine gewisse Jährlichkeit hin, so als ob wir auch ein Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 zu erwarten hätten. Ich glaube, wenn wir ein Wehrrechtsänderungsgesetz beschließen, sollte seine Geltung von Dauer sein. Wir sollten einen Konsens in diesem Haus finden. Finden Sie ein Format dafür! Wir sind bereit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Florian Bernschneider hat das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Florian Bernschneider (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Dauer der Wehrdienstzeit ist sicher seit jeher eine Frage der Abwägung. Mit der Verkürzung der Wehrdienstzeit um drei Monate trifft die Koalition aus Union und FDP diese Abwägung im Sinne der individuellen Freiheit der jungen Männer. Dieser individuellen Freiheit räumen wir einen größeren Stellenwert ein, als es bisher der Fall war. Die Verkürzung der Dienstzeit gilt nicht nur für den Wehrdienst, sondern in der Folge auch für den Zivildienst als Ersatzdienst. Damit können sich sowohl die jungen Wehrpflichtigen als auch die jungen Zivildienstleistenden zukünftig über ein Mehr an individueller Freiheit freuen. (D)

Es ist kein Geheimnis, dass wir Liberale uns bei diesem Thema durchaus mehr hätten vorstellen können. Weil es im Kern der Debatte vor allem um die Interessen der jungen Menschen in diesem Land geht, darf es in dieser Frage kein Denkverbot geben. Deswegen freuen mich natürlich die Signale des Bundesverteidigungsministers und der Unionsfraktion.

Solange es den Zivildienst gibt, stehen wir in der Verantwortung, ihn sinnstiftend auszufüllen. Uns als FDP ging es in der Debatte deswegen auch darum, nicht nur drei Monate Freiheit für die jungen Menschen zu gewinnen, sondern eben auch darum, sechs Monate sinnstiftenden Zivildienst für sie zu erhalten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es überrascht mich schon, wenn ich dann lese, dass in Kreisen der Opposition behauptet wird, dies alles sei nichts als ein fauler Kompromiss; in nur sechs Monaten Zivildienst könne man gar nichts Vernünftiges lernen.